

Chancen zur Verbesserung

Bürgerräte: „Lernen, dass es nicht so einfach ist wie an der Theke“, FR v. 4.12.

Für ein erfolgreiches Projekt ist es unumgänglich notwendig, dass alle Pro- und Kontra-Argumente so früh wie möglich vollständig und offen auf den Tisch kommen. Wer Kritiker als notorische Motzer abqualifiziert, statt von ihnen dankbar zu lernen und ihre Kritik als hilfreiche Checkliste zu benutzen, vergibt sinnvolle und kostenlose Chancen zur Verbesserung. Gerade das ist gefährlich und zerstörerisch für die Demokratie, wenn man die Stimmen unbequemer Kritiker, sachkundiger Bürgerinitiativen und engagierter Betroffener ersetzen will durch ausgeloste Bürgerräte. Diese oft politikfernen Laien sind angewiesen auf tagelange Informationsüberflutungen durch Experten, die von den Projektinitiatoren ausgewählt und bezahlt werden. Was können und sollen diese Laien denn nachher anderes sagen, als dass sie die gehörten Aspekte als ihre eigene Bürgermeinung weitergeben? So werden aus den Interessen der Projektinitiatoren scheinbar die objektiven Interessen aller Bürger, repräsentativ erhoben durch diese Bürgerräte. Da freut sich die Obrigkeit: Man hat die unbequeme Bürgerbeteiligung mit Bürgerinitiativen und Betroffenen ausgehebelt und kann ohne kritische Motzer seine eigenen Interessen durchsetzen.

Manfred Alberti, Wuppertal



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Abendländische Leidkultur

Uiguren: „Sie sind Muslime, doch die islamische Welt lässt sie allein“, FR v. 27.11.

Wohin ein solcher Kulturkampf führen kann, zeigen gerade die Machthaber in China im Umgang mit den Uiguren, die sie zu Hundertausenden in Lagern zu einer sogenannten Umerzierung einsperren.

Haben diejenigen, die von abendländischer, christlicher Kultur sprechen, vergessen, dass es neben all dem Positiven auch sehr viel Negatives gab – Kreuzzüge, Inquisition, Vernichtung anderer Kulturen, Vernichtung derer Symbole und Gebäude, die ein großer Bestandteil dieser Kultur sind?

Zur Zeit der Römer erklärten die Christen, Sklaven hätten keine Seele, denn das Christentum wäre nie Staatsreligion geworden, wenn die Christen den Reichtumspfeiler des Staates – unbezahlte Sklavenarbeit – angesägt hätten. Wenn sie ein Symbol wie die Rose aber nicht ausrotten konnten, integrierten sie es einfach in ihr System und gaben es als christlichen Ursprungs aus. So erklärten sie die Rose zunächst für heidnisch und versuchten sie zu verbieten, denn die Römer badeten bei ihren Orgien in Unmassen von Rosen. Da die Menschen die Rose aber so sehr liebten, scheiterte dieser Versuch und so sie machten sie einfach zu einem christlichen Symbol.

Wenn Frau von der Leyen ein Ressort für die Erhaltung der europäischen Lebensweise einrichten will, denkt sie dann

auch daran, wie Menschen mit französischer, portugiesischer, spanischer, englischer, deutsche Staatsbürgerschaft und europäischer Kultur in anderen Erdteilen Kolonien gebildet, gebirgschützt, gemordet, geraubt und verstümmelt haben, wie z.B. in Indien den ayurvedischen Ärzten die Hände abgehackt wurden, damit sie ihren Beruf nicht mehr ausüben konnten?

Und wie ist es heute? Europäische Staaten liefern Waffen in alle Welt und unterstützen damit auch den Machterhalt der Menschen, die ihre Mitmenschen ihrer Freiheit, ihrer Würde berauben und sie ermorden. Sie schließen Handelsverträge ab, in denen die Menschenrechte keine Rolle spielen, die Menschen davon nicht leben und sterben können. Soll das die christlich abendländisch, europäische Kultur sein, die wir der Welt bringen?

Weihnachten feiern wir die Geburt neuen Lebens, die Eltern nehmen ihr Kind liebevoll in den Arm, geleiten und schützen es beim Wachsen, lassen ihm Schutz und Freiheit angehen. Dieses Fest kann man auf der ganzen Welt feiern: am Weihnachtsbaum, am Strand in der Karibik, im Dschungel, in der Wüste, im Himalaya, am Südpol. Symbole und Zeremonien sind wichtig, aber der Inhalt ist auf der ganzen Welt derselbe. Jürgen Koenig, Hirschberg

Ausnahmen vorgesehen

Zu: „Gegenwind für Naturschutz“, FR-Meinung vom 7. Dezember

Manfred Niekisch befürchtet, für den Klimaschutz drohten „Naturschutzgesetze aufgeweicht“ zu werden. Das deutsche Naturschutzrecht sei „nicht so schlecht“, „aber mit Ausnahmegenehmigungen ließe es sich aushebeln“.

Das deutsche Naturschutzrecht (BNatSchG) ist nicht nur „nicht so schlecht“, sondern eines der strengsten. Es lässt sich mit Ausnahmegenehmigungen nicht aushebeln, sondern es sieht sie vor. Von den Verboten des § 44 BNatSchG können im Einzelfall Ausnahmen aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art zugelassen werden, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Populationen einer Art nicht verschlechtert. Landesregierungen können Ausnahmen auch durch Rechtsverordnung zulassen. Nach Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG gelten die gleichen Bedingungen, vor allem dass die Populationen der betroffenen Art in einem günstigen Erhaltungszustand verweilen. Der Klimaschutz dürfte den Rang des öffentlichen Interesses genießen, nachdem EU-Parlament und viele Städte den Klimanotstand ausgerufen haben.

Martin Krauß, Fernwald